

## **Schriftliche Stellungnahme anlässlich der Anhörung im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei am 23.06.2021**

In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in der Türkei beobachten müssen:

Die Pressefreiheit ist nicht länger gegeben. Derzeit sind 37 der Regierung unliebsame JournalistInnen in Haft. Alle RegierungskritikerInnen werden belegt mit dem immer wiederkehrenden Bannfluch „Mitglied einer bewaffneten Terror-Organisation“. Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 gegen die Regierung wurden im Land 170 Medienanstalten geschlossen. Im gleichen Jahr, in dem die EU den Flüchtlingsdeal mit der Türkei unterzeichnet hat, setzte eine enorme Repressionskampagne gegen RegierungskritikerInnen ein: Das politische System wurde so umgebaut, dass man die Republik Türkei kaum mehr wieder erkennt. Etwa eine halbe Million Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, Zehntausende wurden zu „Staatsfeinden“ erklärt: Menschenrechtsanwältinnen, Aktivistinnen und JournalistInnen. Sehr viele Oppositionelle flohen nach Europa – über 35.000 von ihnen allein nach Deutschland. Ihnen allen muss unsere Solidarität gelten.

Diejenigen, die sich für Freiheitsrechte stark machen oder einfach nur ihre Arbeit als kritische JournalistInnen machen wollen, sind immensen Repressalien ausgesetzt. Menschen wie Gültan Kışanak, Selahattin Demirtas, Osman Kavala und so viele weitere.

Die Demokratie in der Türkei existiert nur noch auf dem Papier. Um nur eine der vielen besorgniserregenden Entwicklungen aufzugreifen: De facto ist die Gewaltenteilung aufgehoben. Die Gerichte sind nicht unabhängig. Reihenweise und seit Jahren ergehen Urteile gegen unliebsame PolitikerInnen, wie zuletzt gegen den HDP-Politiker Ömer Faruk Gergerlioglu, der sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten engagiert. Das türkische Verfassungsgericht hat in dieser Woche eine von der Regierung eingereichte Parteiverbotsklage gegen die HDP angenommen, immerhin der drittstärksten Partei des Landes. Dieses dauerhafte Parteiverbot ist ein jahrzehntelang gehegtes Projekt der rechtsextremen MHP, die die Regierungsgeschäfte als Koalitionspartner der AKP mitträgt. Das Verbot droht nun erfolgreich umgesetzt zu werden – und damit verbunden auch ein Politikverbot für 500 Personen in der Türkei.

Wer die HDP kriminalisiert, bedroht den inneren Frieden im Land. Ich war 2014 in Kobane und habe gesehen, wie die Menschen im Südosten der Türkei sich um die Flüchtlinge kümmerten, die vor dem IS geflohen waren. Insbesondere die HDP-PolitikerInnen, wie etwa Gültan Kışanak. 2014 traf ich sie. Sie war damals noch die Bürgermeisterin von Diyarbakir und so stark engagiert im Kampf gegen den so genannten „Islamischen Staat“, dass sie mich sehr beeindruckt hat. Seit 2016 sitzt diese mutige Frauenrechtlerin und Politikerin in der Türkei im Gefängnis und wurde 2019 wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ zu 14 Jahren und drei Monaten verurteilt.

Am 17.06.2021 wurde die 37-jährige HDP-Politikerin Deniz Poyraz von einem Anhänger der rechtsextremen Gruppierung „Graue Wölfe“ in Izmir ermordet. Er hatte sich Zugang zur örtlichen HDP-Parteizentrale verschafft und versucht, das Gebäude in Brand zu setzen. Nachdem dies scheiterte, erschoss er Poyraz kaltblütig. Die Mutter der jungen Frau, Fehime

Poyraz, sagte unter Tränen: „Mein Kind ist ermordet worden. Mit welchem Recht ermordet ihr mein Kind?“ „Ihr“, damit meint sie die rechtsgerichtete AKP/MHP-Regierung und ihre Anhänger, die seit Jahren gegen die HDP Stimmung macht. Besonders schockierend ist, dass das HDP-Gebäude rund um die Uhr von der Polizei bewacht wird, die einen solchen Anschlag hätte verhindern müssen. Oppositionelle Kräfte in der Türkei müssen um ihr Leben fürchten – und inzwischen auch hierzulande, sobald man sich gegen diese Einschüchterungen und Morde positioniert. Als ich über den Mord an Poyraz auf meinen Social-Media-Kanälen berichtete, erhielt ich Mordrohungen aus dem Umfeld der „Grauen Wölfe“, mit einem durchaus prototypischen Wortlaut: „Du kommst als Nächste an die Reihe!“ Diese Gruppierung, auch als Ülkücü-Bewegung bekannt, hat in Deutschland schätzungsweise 18.500 Anhänger und ist damit die stärkste rechtsextreme Strömung hierzulande. Dem parteiübergreifenden Verbotsantrag der „Grauen Wölfe“, der im November im Bundestag angenommen wurde, müssen endlich konkrete Schritte folgen!

Auch um die Rechte der Frauen, auch wenn diese sich nicht oppositionell parteipolitisch engagieren, steht es mehr als schlecht:

Im März diesen Jahres ist die Türkei aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauenrechten ausgetreten, ein europäischer Beschluss zum Schutz von Frauen vor Gewalt und Diskriminierung. Die Entscheidung, die Konvention auszusetzen, fiel per Dekret des Ministerpräsidenten, also unter Umgehung des Parlaments.

In der Türkei wird der Ausstieg aus dem Abkommen von patriarchal geprägten Männern gefeiert und dahingehend interpretiert, dass Frauen gar keine Rechte mehr genießen. In einem Interview für die Deutsche Welle, teilte die Vorsitzende der Föderation der Frauenvereinigungen der Türkei, Canan Güllü, mit: "Frauen wurden wie ein Müllsack mitten auf die Straße gestellt. Jeder, der kommt, kann dagegen treten. Der Tritt kann sogar eine Kugel aus einer Schusswaffe bedeuten." In einem Land, in dem im letzten Jahr allein 200 Frauenmorde begangen wurden – die Dunkelziffer dürfte weit darüber liegen –, ist das keineswegs eine Übertreibung.

Zur Repression im Inneren gesellt sich eine aggressive Militärpräsenz nach Außen: Das türkische Militär mischt an verschiedenen Fronten mit. Am Prominentesten ist das Beispiel Nordsyrien, wo das türkische Militär mithilfe dschihadistischer Milizen im Jahr 2017 einmarschierte, mit verheerenden Folgen für die dort lebende Zivilbevölkerung und die ethnisch-religiösen Minderheiten. Es finden Plünderungen, Vertreibungen, Folter, Morde und Zwangskonvertierungen von Aleviten, Jesiden und Christen statt. Ein Wort über die Christen: Wenn diese Entwicklung anhält, werden kaum noch Angehörige dieser Religion in den Ländern leben, mit denen sie eine über 2000-jährige Geschichte verbindet. Die AKP-Regierung heizt Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika an, indem sie dschihadistische Milizen unterstützt, beispielsweise in Libyen und zuletzt im Bergkarabach-Konflikt, in dem es Aserbaidschan unterstützte. Aserbaidschan setzte dabei auch autonome, intelligente Kampfdrohnen ein, die es von der Türkei erhielt. In Libyen kamen türkische Kamikaze-Drohnen zum Einsatz.

Die deutsche Bundesregierung versäumt es, das ihre zu tun, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, aus Angst den NATO-Partner Türkei an Russland zu verlieren. Ein von der EU gefordertes Waffenembargo wurde von Berlin aus ausgebremst. Einem Bericht der FAZ zufolge, hat Deutschland im Jahr 2019 Waffen im Wert von 344,6 Millionen Euro an die Türkei geliefert, im Vorjahr in Höhe von 242,8 Millionen. Erst nach der türkischen

Militäroperation „Friedensquelle“ in Syrien im Oktober 2019 wurde ein teilweiser Rüstungsexportstopp verhängt. Das ist zu kurzfristig!

Wir müssen der autoritären Regierungsstrategie Recep Tayyip Erdoğan's eine demokratisch wehrhafte Agenda entgegen setzen. Es wird mit Religion Politik betrieben, nach Innen und Außen – auch teilweise hierzulande über den Moscheeverband Ditib, der der türkischen, AKP-gesteuerten Religionsbehörde Diyanet unterstellt ist und nun bei der Ausgestaltung des Religionsunterrichts in NRW von der Landesregierung erneut ins Boot geholt wird. Das AKP-Regime greift nach den Herzen und Köpfen der muslimischen Deutschen und droht damit, unseren Rechtsstaat zu unterhöhlen. Die Absicht der NRW-Landesregierung ist ja im Kern eine Gute: Demokratisch gesinnte MuslimInnen in die Gestaltung der Gesellschaft mit einzubeziehen. Wenn es um die Mitarbeit der Ditib beim islamischen Religionsunterricht geht, dann müssen die Bedenken allerdings ernst genommen werden. Nur wer dauerhaft und überzeugend auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht, darf in Deutschlands Schulen unterrichten. Ditib könnte künftig eine Partnerin sein, müsste sich aber soweit reformieren, dass diese Standfestigkeit gegeben ist und sie unabhängig von anderen, religionsfernen Interessen bleibt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Regierung Erdoğan die vielfältigen Strömungen innerhalb des Islam gegeneinander in Stellung bringt, so dass es ihm in die Karten spielt: Seien es die streng gläubigen Muslime gegen die Säkularen, seien es Sunniten gegen Schiiten, beide gegen die Aleviten, aber auch andere gesellschaftliche Gruppierungen: Frauen gegen Männer, Türken gegen Kurden oder Türken gegen Armenier!

Deutschland kann und darf nicht länger zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, den völkerrechtswidrigen Kriegen und zum Entzug von Freiheitsrechten schweigen. Es muss außenpolitisch starke Akzente setzen, damit die Menschen- und Freiheitsrechte im Land anerkannt und geschützt werden. Demokratie ist kein Zug auf den wir aufspringen, solange es uns nützt – weder hierzulande, noch anderswo in der Welt. Demokratische Grundsätze sind die Basis freiheitlicher Gesellschaften, die das Wohl des Einzelnen schützen und ermöglichen. Dafür müssen wir uns einsetzen, in der Türkei und überall auf der Welt!

Als dezidierte Frauenrechtlerin, als Jesidin und auch als Kurdin, deren Eltern aus der Türkei stammen, als Europäerin und Deutsche appelliere ich eindringlich an die Bundesregierung, sich an die Seite der demokratisch gesinnten Zivilbevölkerung in der Türkei zu stellen. Gerade die Frauen im Land sind es, die die Fahne des Protests gegen das korrupte Regime hoch halten. Erdoğan weiß darum. Deshalb nimmt er Frauenrechte im Land besonders aufs Korn. Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich ein friedliches Miteinander in der Türkei anstreben, müssen gestärkt werden! Was im Zusammenhang mit der Staatskrise in Belarus gelungen ist, muss nun auch in Bezug auf die Türkei gelingen. Und es muss deutlich werden, dass nicht ein ganzes Land verteufelt wird. Denn die jetzige Regierung repräsentiert nicht das ganze Land, so wie es die Propaganda immer wieder darzustellen versucht. Tatsächlich schwinden die Zustimmungswerte für die Regierung von Tag zu Tag. Denn die Türkei befindet sich in einer tiefen Rezession, worüber das aggressive Gebaren des Führungspersonals nur dürftig hinwegtäuschen kann.

Düzen Tekkal

Berlin, den 21.06.2021